

## Bürger wurden nicht einbezogen

Nachhaltige Kommunalentwicklung - gemeinsam auf dem Weg in die Zukunft - für dieses vom Umweltministerium am 22. Januar vorgestellte Pilotprojekt für mehr Bürgerbeteiligung auf dem Land sollte sich die Gemeinde Ketsch dringend bewerben, wie die Historie zum Neubaugebiet Fünfvierteläcker in Ketsch belegt: 2001 setzte der damalige Bürgermeister Wirnshofer den Bebauungsplan Fünfvierteläcker gegen große Widerstände im Gemeinderat durch (Interview in der SZ am 28.12.2012). Abgesehen von der gesetzlich vorgeschriebenen Bekanntgabe am 10.01.2008 über die frühzeitige Beteiligung vom 14.01. bis 25.01.2008 im Ketscher Amtsblatt, das aber nur 1/5 der Haushalte abonniert hat, gab es bis 2012 keine gezielte Information oder gar Einbeziehung der Öffentlichkeit dazu.

2008 nahmen nur zwei der direkt betroffenen Anlieger in der Breslauer Straße und im Krokusweg diese Bekanntgabe wahr und informierten ihre Nachbarn. Die vorgebrachten, teilweise grundsätzlichen Einwände der Anlieger wurden fristgerecht bei der Gemeinde eingereicht, blieben aber unbeantwortet.

Im Frühjahr 2008 erklärte der Bürgermeister auf Nachfrage, dass es für Einsprüche in dieser Phase zu früh sei, das könne man dann bei der Offenlegung machen. Erst dann sei eine Diskussion sinnvoll.

2012 behaupteten nun Bürgermeister und Gemeindeverwaltung, dass während der frühzeitigen Beteiligung 2008 keine grundsätzlichen Einwände gegen das Neubaugebiet geäußert worden seien. Eine öffentliche Diskussion wurde vor und während der Offenlegung mit der Begründung abgelehnt, dass generelle Einwände zu diesem späten Zeitpunkt nicht mehr berücksichtigt werden könnten.

In der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 15.10.2012 sagte ein Gemeinderat sinngemäß, dass es 2008 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben habe, diese aber nicht genutzt wurde, und jetzt der Zug abgefahren sei. Bei dieser Gelegenheit sah der Bürgermeister die Entscheidung der Gemeinderäte im November voraus, eine öffentliche Diskussionsveranstaltung zum Neubaugebiet abzulehnen: "Ich stehe allerdings jederzeit zu einem Gespräch bereit." Allerdings bat Kappenstein, hierzu ins Rathaus zu kommen. Woanders werde ein Dialog nicht stattfinden. (SZ 18.10. 2012). Also nur hinter verschlossenen Türen!

Mehrere Gemeinderäte scheinen wirklich überzeugt zu sein, dass es 2008 keinerlei grundsätzliche Bedenken gegen das Neubaugebiet gegeben habe, obwohl zahlreiche Anwohner entsprechende Stellungnahmen belegbar eingereicht haben. Wie kann es sein, dass den Gemeinderäten eine solch grundlegende Information nicht vorliegt? Wird ihnen hier die Meinung der Bürger, ihrer Wähler, vorenthalten? Interessiert die Meinung der Bürger überhaupt? Wohl nicht, denn nur ein informierter Bürger kann sich eine fundierte Meinung bilden.

Die Öffentlichkeit nicht zu informieren, ist auf jeden Fall bequemer. Es hätte auch fast geklappt, denn die meisten der von uns angesprochenen Bürger wussten gar nicht, dass ein Neubaugebiet entstehen soll. Eine Beantwortung der Fragen an die Gemeinde, die sich auf der Homepage des Umweltstammtischs befinden und zur Meinungsbildung beitragen könnten, steht noch aus. Ohne Kommentar noch ein Zitat des Ketscher Bürgermeisters zum Thema Geothermie: "Denn, ich frage Sie - wer will denn noch in einen Hausbau investieren, wenn in der Nachbarschaft ein Geothermie-Kraftwerk betrieben wird, dessen Auswirkungen man nicht abschätzen kann?" (SZ 20.10.2011)

Judith Weinlich, Ketsch

© Schwetzingener Zeitung, Samstag, 23.02.2013

## Natur und Mensch in Einklang

Ich bin ich dem Aufruf des Umweltstammtisches Ketsch gefolgt, um an der Informationsveranstaltung zum Baugebiet Fünfvierteläcker teilzunehmen. In seiner einführenden Rede stellte uns Dr. Baumann vom NABU, reich bebildert, die schöne Natur vor, die ihm und anderen vom Radweg kommend, begegnet. Seiner Meinung nach sollte statt der Bebauung "unserer schönen Streuobstwiesen" besser der Ortskern von Ketsch verdichtet werden, damit "die schönen Ortsränder der Natur überlassen" werden können - so sein Fazit.

Die Ketscher Bevölkerung solle wegkommen vom "Kirchturmdenken", die jungen Leute müssten bereit sein, umzudenken und in andere Gegenden umziehen, wie zum Beispiel in die frei werdenden Liegenschaften der US-Army. Als aus den Besucherreihen die Frage kam, wo im Ortskern ein Baugebiet erschlossen werden könnte, kam die Antwort, dass dies ein sehr sensibles Thema sei, mit dem man sich erst noch beschäftigen müsse, er habe darüber derzeit keine Kenntnisse!

Mich hat bei dem Vortrag vor allem das Wort "Kirchturmdenken" gestört. Soll das heißen, dass die jungen Leute, die hier in Ketsch aufgewachsen sind und auch weiter hier leben möchten, kleinkariert sind und nicht über den Tellerrand schauen können? Oder kann man es nicht auch so sehen, dass es gut und sinnvoll ist, wenn mehrere Generationen im selben Ort leben, damit sich die Familie unterstützen kann?

Ein junger Familienvater berichtete, dass er seit zwei Jahren auf der Suche nach einem geeigneten Haus oder Baugrundstück in Ketsch sei. Ihm und seiner Frau gefalle eben Ketsch sehr gut und man wolle hierher ziehen. Leider sehe er hierfür keine Möglichkeit, wenn das Baugebiet nicht erschlossen werde.

Herr Tribskorn (Gemeinderat aus Brühl) erklärte in seinem Vortrag, dass er im Ortskern in Brühl viele Häuser gezählt habe, welche leer stünden oder die nur von einer Person bewohnt würden. Dies werde vermutlich in Ketsch ebenso der Fall sein. Was diese Feststellung mit dem Bauwunsch des jungen Familienvaters zu tun hat, ist nur schwer nachzuvollziehen. Sollen die Menschen, die ein ganzes Haus alleine bewohnen, enteignet und ins Heim gesteckt werden, damit junge Familien in deren Häuser einziehen können? Den jungen Familien, die jetzt und heute den Wunsch haben, ein Haus zu bauen, nützt diese Feststellung überhaupt nichts. Ich weiß genau, wovon ich spreche, wenn es darum geht, in einem alten Haus zu wohnen, beziehungsweise es zu erhalten. Unser Haus ist über 100 Jahre alt. Das Renovieren nimmt kein Ende und hat enorme finanzielle Mittel verschlungen und es kann niemals ein Neubaustandard - auch aus energetischen Gesichtspunkten - erreicht werden.

Ein Vertreter des Umweltstammtisches gab noch zu bedenken, dass Ketsch bezüglich der Anbindungen durch öffentliche Verkehrsmittel ein "völlig unattraktiver Ort" sei. Hätte man allerdings die ehemalige Ketscher Bahnverbindung belassen (das Bähnle fuhr direkt auf dem heutigen Radweg, auf dem Dr. Baumann immer mit dem Rad nach Ketsch kommt), wären vielleicht die angrenzenden Wohngebiete dort nicht entstanden oder viele Häuser würden direkt an der Bahnlinie stehen.

Warum ist der Umweltstammtisch nur in Ketsch gegen das Neubaugebiet aktiv? In allen umliegenden Gemeinden entstehen fortlaufend und auf viel größeren Flächen neue Wohn- und Gewerbegebiete. Nur in Ketsch, wo schon seit Jahren kein größeres Baugebiet entstanden ist, macht sich der Umweltstammtisch gegen das Neubaugebiet stark. Bei der ganzen Diskussion entsteht der Eindruck, dass persönliche Interessen unter dem Deckmantel des Umweltschutzes durchgesetzt werden sollen. Das Fünfvierteläcker-Gelände, welches der Umweltstammtisch als "unsere schönen Streuobstwiesen" bezeichnet, ist privates Ackergelände und nur durch Nichtbewirtschaftung in dieser Form entstanden. Dies war bei allen Neubaugebieten in Ketsch so, sämtliche Häuser wurden auf ehemaligen landwirtschaftlich genutzten Böden erstellt. Wenn der Umweltstammtisch der Gemeinde den Vorwurf macht, man "wolle noch einmal einen großen Schluck aus der Pulle nehmen", so sollten bitte auch die an das Neubaugebiet angrenzenden

Hausbesitzer und alle, die auf ehemaligem Ackergelände wohnen, über den Satz nachdenken: Man kann nicht selber Wein trinken wollen und die anderen sollen Wasser trinken. Oder anders gesagt: Auch andere Menschen wollen in einem schönen, neuen Haus in einem schönen Ort wohnen!

Deshalb zum Schluss mein Wunsch: Natur und Tierwelt sollten in Einklang mit Menschen gebracht und nicht gegeneinander als Mittel zur Durchsetzung persönlicher Interessen verwendet werden.

Helga Fuchs, Ketsch

© Schwetzinger Zeitung, Samstag, 23.02.2013

## Neuer Bebauungsplan?

Erst mit dem Satzungsbeschluss am Montag erlangt das Neubaugebiet Fünfvierteläcker in Ketsch Rechtsgültigkeit.

Als Grundlage dient das Bauchgefühl der Verwaltung und die vage Hoffnung, das aufgrund "vieler Nachfragen" schon genügend "junge Familien" dort bauen werden. Nicht aufgrund einer Bedarfsanalyse, sondern aufgrund von Vermutungen wird hier ein riesiges Neubaugebiet erschlossen, bei dem man die privaten Grundstückseigentümer genauso wenig zum Bauen zwingen kann, wie bei den noch freien Grundstücken innerhalb des Ketscher Ortskerns.

Verbandsdirektor Ralph Schlusche vom Regionalverband Rhein-Neckar hat mir gegenüber nicht nur die Zahlen zum Bevölkerungsrückgang in Ketsch bestätigt, sondern auch in einer Stellungnahme gegenüber der Gemeinde Ketsch angeregt, das Neubaugebiet "Fünfvierteläcker" so zu planen, dass es in bis zu drei Teilabschnitten entwickelt werden kann und die jeweils weiteren Abschnitte erst dann zu erschließen, wenn die vorherigen Abschnitte tatsächlich auch belegt sind. Ein sinnvoller Kompromissvorschlag, mit dem eigentlich alle Seiten leben könnten. Bereits nach dem ersten Abschnitt könnte man nämlich feststellen, dass man die Bereiche zwei und drei gar nicht braucht - und somit könnte die Gemeinde große Naturflächen vor der unnötigen Zerstörung bewahren. Die Ausgleichsflächen könnten kleiner ausfallen und da nicht das gesamte Gebiet erschlossen werden müsste, könnten hier auch Kosten eingespart werden. Zu spät? Jedes Planungsbüro kann sicherlich innerhalb kürzester Zeit einen Plan für ein dreigeteiltes Baugebiet vorlegen, wenn dies nicht bereits im Zuge mehrerer Vorschläge bei der ersten Ausschreibung erfolgt ist. Das ist keine Frage der technischen Machbarkeit, sondern des Willens. Da alle erforderlichen Gutachten für das Gebiet offensichtlich vorliegen, könnte ein neuer, angepasster Bebauungsplan sicherlich relativ kurzfristig beschlossen werden.

Parallel bestünde die Möglichkeit, durch alternative Maßnahmen Baumöglichkeiten im Ortsinneren zu schaffen (Beispiel: Ausdehnung Ortskernsanierung. Ein absolut sinnvoller, richtiger Weg mit großer Akzeptanz in der Bevölkerung).

Zu spät hierzu ist es erst dann, wenn der Gemeinderat den vorliegenden Bebauungsplan am Montag rechtskräftig macht.

Matthias Ihrig, Ketsch

© Schwetzinger Zeitung, Samstag, 23.02.2013

## Ein Neubaugebiet – für wen eigentlich?

Die Preise für Bauland und Immobilien haben angesichts der unsicheren Zukunft des Euro einen Höchststand erreicht. Wer jetzt Immobilien oder Grundstücke verkaufen kann, macht das Geschäft seines Lebens - und wer jetzt weiteres Bauland ausweisen will, muss sich fragen lassen, ob echter Bedarf besteht, oder ob nur finanzielle Interessen befriedigt werden sollen.

Beim geplanten Neubaugebiet Fünfvierteläcker tut sich die Gemeinde schwer damit, den Bedarf nachzuweisen: Es gibt keine verlässlichen Angaben über die Anzahl der unbebauten Grundstücke im jetzigen Ortsbereich, über die Anzahl der leerstehenden Häuser und Wohnungen, über die Bevölkerungsdichte in den Ortsteilen oder über die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung im alten Ortskern und ehemaligen Neubaugebieten wie Neurott I und II, Ketsch Süd und Ost. Der geltende Regionalplan, der mit der Gemeinde abgestimmt ist, sieht für Ketsch bis zum Jahr 2020 einen Bedarf von 7 Hektar Bauland vor. Fast 5 Hektar sind bereits durch die Umlegung des Neubaugebietes Nelkenstraße gedeckt, in dem über 20 Prozent der Grundstücke bis heute nicht bebaut sind. Woraus ergibt sich der Bedarf an weiteren 11 Hektar im Gebiet Fünfvierteläcker?

Mehr noch: Nur die Gemeindeverwaltung sieht Bedarf für ein weiteres Neubaugebiet. Das statistische Landesamt, die Universität Mannheim, die Metropolregion Rhein-Neckar und das für Flächenmanagement zuständige Ministerium für Verkehr und Infrastruktur des Landes sehen kein Bevölkerungswachstum voraus. Schuld daran sind die Lage von Ketsch und die fehlende Anbindung an die Verkehrsachsen - daran ändert auch ein weiteres Neubaugebiet nichts. In den letzten zehn Jahren war in Ketsch die Bevölkerungsentwicklung rückläufig - trotz weiterer Neubaugebiete. Gestiegen sind nur die Kosten für den Unterhalt der zusätzlichen Infrastruktur.

Wer glaubt, dem mit weiteren Neubaugebieten entgegenwirken zu können, der hat die Natur des demografischen Wandels nicht verstanden: Wir haben nicht zu wenig Neubaugebiete, sondern zu wenig Menschen, um diese zu bevölkern. Jedes weitere Neubaugebiet führt zu einer Abwanderung von Einwohnern aus dem Ortskern und älteren Neubaugebieten, wodurch die dortigen Immobilien, die nicht selten als Altersvorsorge dienen, entwertet werden und es zu Leerstand kommt.

Die Verwaltung wird nicht müde zu behaupten, es ginge darum, junge Familien nach Ketsch zu locken. Das geht nur mit bezahlbaren Grundstücken. Gleichzeitig argumentiert die Verwaltung, sie habe keinen Zugriff auf die unbebauten Grundstücke im Ortskern, da diese in Privatbesitz seien. Genau das gleiche gilt für die neuen Baugrundstücke im Fünfvierteläcker: Auch sie sind in Privatbesitz und die Verwaltung hat keinerlei Einfluss auf Preis und Vergabe.

In Anbetracht der aktuellen Grundstückspreise liegt der Verdacht nahe, dass es bei der Ausweisung des Neubaugebiets Fünfvierteläcker zum jetzigen Zeitpunkt gar nicht um die Schaffung neuer Baugrundstücke für junge Familien geht, sondern dass einfach finanzielle Interessen im Vordergrund stehen. Die Zukunft des historischen Ortskerns und der alten Neubaugebiete aus den 60er und 70er Jahren zu sichern und diese gleichzeitig für junge Familien attraktiv zu machen - das wäre eine echte Leistung.

Stur den Denkmustern des vergangenen Jahrhunderts zu folgen und ein weiteres Neubaugebiet auszuweisen ist einfach, bequem und der Weg des geringsten Widerstands - aber es löst keine Probleme.

Heinz-Detlev Koch, Ketsch

© Schwetzinger Zeitung, Samstag, 23.02.2013

## Nur vage Aussagen

Eine erfolgreiche Kommune werde zunehmend ihre Bürgerinnen und Bürger in ihre Meinungsfindungs- und Entwicklungsprozesse einbeziehen müssen. Nur diejenige Kommune werde zufriedene Bürger haben, die ihre Entscheidungen nicht hinter verschlossenen Türen über die Köpfe aller hinweg treffe, sondern ihre Bürger mitnehme. Dies sind Aussagen von Helfried Meinel, Ministerialdirektor des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft BW (Quelle: Pressemitteilung vom 22.1.13 "Nachhaltige Kommunalentwicklung - gemeinsam auf dem Weg in die Zukunft").

Nachfolgend ein Auszug meiner Erlebnisse mit Bürgermeister und Gemeinderat in den vergangenen Wochen: Der Bürgermeister und der Gemeinderat lehnten eine Podiumsdiskussion mit der Projektgruppe Fünfvierteläcker und der Bevölkerung zum Thema Neubaugebiet ab (November 2012). Nahezu alle Mitglieder des Gemeinderates verweigerten das Gespräch mit der Projektgruppe (November 2012). Auf der Gemeinderatssitzung (21.1.13) habe ich den Bürgermeister gefragt, auf welchen Zahlen folgende Aussagen von ihm basieren: "Das Thema Fünfvierteläcker habe im vergangenen Jahr den Unmut einiger Wenigen und das Unverständnis einer Großzahl von Bürgern eingebracht" (SZ, 14.1.13). "Wenige" sind hier gleichzusetzen mit den Gegnern des Neubaugebietes. Es handelt sich dabei um mindestens 350 Ketscher Bürger (sie haben auf den Listen gegen das NBG unterschrieben).

Seine nächste Aussage: "Es bestehe eine große Nachfrage nach Bauplätzen" (SZ, 14.1.13) und "Es lägen genügend Anfragen für Grundstücke vor" (SZ, 8.11.12). Als Antwort erhielt ich keine Zahlen, die die schwammigen Begriffe "Großzahl", "große" und "genügend" untermauern könnten. Stattdessen antwortete der Bürgermeister sinngemäß: Er käme zu so vielen Familien, da bekäme man schon das eine oder andere mit. Beim Neujahrsempfang hätte ihn eine Person nach Bauplätzen in Ketsch gefragt. Oder: Es kämen immer wieder Anfragen für Baugrundstücke, aber solle er denn eine Strichliste führen?

Diese Erfahrungen haben mir gezeigt, welchen Stellenwert in Ketsch die Grundsätze moderner Kommunalpolitik (Transparenz, Informationsweitergabe, Einbindung der Bürger) haben. Abschließend meine Frage an Bürgermeister, Gemeinderäte und alle Bürger: Ketsch - Quo vadis?

Heike Schütz, Ketsch

© Schwetzinger Zeitung, Samstag, 23.02.2013

## Wer zahlt die Zeche?

Alle qualifizierten Studien bestätigen der Metropolregion - und dazu gehört auch Ketsch - eine Stagnation beziehungsweise einen leichten Rückgang der Bevölkerung. Bürgermeister Kappenstein und der Gemeinderat wollen dies offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen und glauben, durch die Ausweisung eines völlig überdimensionierten Neubaugebietes von zunächst 11 Hektar mit circa 200 Bauplätzen diesen Trend umkehren zu können.

Diese Idee hatten zuvor etliche Nachbargemeinden wie Brühl, die ebenfalls große Baugebiete ausgewiesen hatten. Es zeigte sich, dass viele Grundstückseigentümer kein Interesse daran hatten, die Bauplätze nach dem Umlageverfahren zu erwerben. Die Gemeinde sah sich im Interesse einer sinnvollen Vermarktung des Baugebietes "Bäumelweg" gezwungen, von 104 Bauplätzen 43 selbst zu erwerben.

Für die Gemeinde bedeutet dies einen Finanzbedarf von 2,5 Millionen Euro für den Grundstückserwerb und zusätzlich 1,5 Millionen für Erschließungskosten, der über Kredite bei der Landesbank gedeckt werden soll. Dies ist ein erhebliches finanzielles Risiko - gerade im Hinblick auf die unsichere Nachfrage.

Genau dieses Szenario könnte auch für Ketsch zutreffen. Woher nimmt der Gemeinderat die Gewissheit, 200 Bauplätze "kostenneutral" zu vermarkten? Wurde geprüft, ob alle Eigentümer am Umlegungsverfahren teilnehmen, wurde eine Bedarfsanalyse erstellt, um den Kreis der Kaufwilligen abzuschätzen oder verlässt man sich darauf, "... das Ohr an der Bevölkerung zu haben?" Der Gemeinderat träumt von hohen Planungsgewinnen und lässt die realen Kosten der Infrastruktur außer Acht, die in Form von kommunalen Pflichtanteilen, nicht beitragsfähigen Kosten der äußeren Erschließung und staatlichen Subventionierungen von Investitionen wie der Abwasserentsorgung anfallen.

Die auf Gebühren umlegbaren Kosten wie die Erneuerung der Leitungsnetze können nicht mehr voll gedeckt werden und müssen über höhere Gebührensätze von allen Bürgern erbracht werden. Viele Studien zeigen, dass die Infrastrukturkosten für Neubauten außerhalb der Ortschaft oft doppelt so hoch sind wie bei Bebauung innerhalb des Ortes. Die hohen Infrastrukturkosten werden vor allem in der Zukunft die Kassen der Gemeinde Ketsch noch unkalkulierbar stark belasten.

Aber dann sind die Verantwortlichen für die meines Erachtens falsche gemeindepolitische Entscheidung - Bürgermeister Kappenstein und der Gemeinderat der meist einstimmigen Beschlüsse - wohl nicht mehr im Amt. Die Zeche dafür werden alle Bürger zu zahlen haben!

Annette Läppchen, Ketsch

© Schwetzinger Zeitung, Samstag, 23.02.2013

morgenweb

## Endlich stoppen

Stopp dem Flächenverbrauch! Das könnte ein Slogan werden wie seinerzeit "Atomkraft nein Danke" Viele Omas und Opas waren in den 60er Jahren ihrer Zeit voraus. Und Heute? Haben sie resigniert? Es gibt nicht nur "Stuttgart 21". Unbebaute Flächen für nachfolgende Generationen zu erhalten, das ist eine lohnenswerte Aufgabe.

Natürlich wäre es für einige Grundbesitzer in Ketsch ärgerlich, wenn sie nicht verkaufen könnten. Doch was werden die Böden in 50 oder 100 Jahren wert sein? Bis dahin gibt's es kein Erdöl und kein Erdgas mehr. Welche Energieformen haben wir dann, es wird wahrscheinlich nur noch Sonnen-, Wasser- und Windenergie geben.

Da die Weltbevölkerung rasant wächst, wird der Bedarf an Lebensmittel stetig zunehmen. Wir brauchen Ackerflächen. Die Menschheit kämpft ums Überleben! In vielen Teilen der Welt ist bereits heute der Kampf verloren. Jetzt bietet sich für Ketsch die Chance, in Bezug auf die Umwelt und als Vorbild für Nachbargemeinden, Vorreiter zu sein. Lassen wir uns diese nicht entgehen: Stopp dem Flächenverbrauch!

Max Diehm, Ketsch

© Schwetzinger Zeitung, Samstag, 23.02.2013



morgenweb

## Zusätzliche Autos durch die Ortsmitte

Im geplanten Neubaugebiet Fünfvierteläcker mit 193 Bauplätzen wurden keine Geschäfte (Bäcker, Metzger, Lebensmittel, etc.) geplant. Für die benötigten Einkäufe müssen die Bewohner die Mannheimer Straße, die Spielstraße, die Brühler Straße und auch die Hockenheimer Straße nutzen. Vorhandene Messungen in der Mannheimer Straße liegen bereits heute schon über der zulässigen Lärmobergrenze und auch die Hockenheimer Straße hat bereits ein sehr hohes Verkehrsaufkommen. Kommen die geplanten Ein- und Zweifamilienhäuser hinzu, würde sich dieses um zusätzliche 400 bis 600 Kraftfahrzeuge erhöhen. Ist das den Anwohnern dieser Straßen noch zuzumuten?

Doris Müller, Ketsch

© Schwetzinger Zeitung, Samstag, 23.02.2013

## Persönliche Angriffe auf Bürgermeister

Bürgerbeteiligung - aber bitte nur wenn sie opportun ist! Als Zuhörerin bei der vom Umweltstammtisch Ketsch organisierten Veranstaltung musste ich mit anhören, wie Landtagsabgeordneter Manfred Kern (Bündnis 90/Die Grünen) primär Bürgermeister Kappenstein angriff - fast entstand der Eindruck hier findet eine persönliche Abrechnung statt - und dann die Bürger mit der Aussage ermunterte: "Echte Bürgerbeteiligung ist kein Bremsklotz."

Wir gratulieren zu dieser Aussage, wäre sie denn ernst gemeint, auch wenn die Bürgermeinung nicht dem eigenen Interesse dient. Wo bitte wurde die Meinung der Bürger verteidigt, als es um das Geothermie-Kraftwerk ging? Auch dort gab es alte Obstbäume, Vögel, Käfer und Eidechsen, denn sie kennen keine Grenzen! Als traurige Erinnerung steht heute noch der Krötenzaun um den betonierten Bauplatz. Wenn ich eine Bürgerbeteiligung gut heiße, dann sollte dies auch für andere brisante Bereiche gelten, denen der Bürger ausgesetzt ist oder es entsteht ein Problem der Glaubwürdigkeit.

Wenn Dr. Baumann als Vorsitzender des NABU behauptet, Brühl sei knapp an einem AKW vorbeigekommen, also soll man die Geothermie akzeptieren, dann kann man nur sagen - ich tausche nicht eine negative Sache für die nächste und ich muss schon differenzierter denken und die Bedürfnisse der Menschen einbeziehen. Der Mensch als solcher hat keine Lobby, ist weniger schützenswert als der Rüsselkäfer, er muss sich selbst verteidigen und sich aktiv zusammenschließen, bevor er überhaupt gehört wird. Wenn ich nach Ketsch oder Brühl siedeln möchte, dann ist für mich eine ausgediente Kaserne in Friedrichsfeld keine Alternative, da ich dort ein ganz anderes Umfeld vorfinde.

Auch wir haben ein Bedürfnis unser "Nest" zu erhalten, das mühsam aufgebaut wurde. Lassen Sie uns die Freiheit, dort zu siedeln wo wir uns wohlfühlen und wo wir unser Leben und Familie am besten versorgt wissen und gönnen Sie uns auch im Ort hin und wieder einen Garten und frei stehenden Platz, denn auch der Mensch hat Grundrechte, die es zu achten gilt!

Marion DeMille, Ketsch

### **Bürgerbeteiligung kein Bremsklotz**

Nach der Diskussion frage ich mich, ob der Landtagsabgeordnete Manfred Kern (Bündnis 90/Die Grünen) überhaupt weiß, wovon er spricht. Es ist ein Hohn für die Bürger aus Ketsch und Brühl, solche Aussagen aus dem Munde dieses Herrn zu hören. Wie kann Herr Kern Bürgermeister Kappenstein vorwerfen "Echte Bürgerbeteiligung sei kein Bremsklotz" nachdem von den Grünen im Landtag die Bürgerbefragung zum Geothermie-Kraftwerk in Brühl mit 67 Prozent Nein-Stimmen übergangen wird und der Bau weitergeführt wird? Wo ist hier die von Kern geforderte Bürgerbeteiligung?

Zählt dieses nur für Andere aber nicht für die Grünen? Es geht sogar so weit, dass die Benutzung widerrechtlich genutzter Grundstücke seitens der Grünen akzeptiert wird. Es zeichnet sich zunehmend ab, dass die Landesregierung, zu der auch Manfred Kern gehört, vor Unwahrheiten nicht zurückschreckt, um ihr Pilotprojekt in Baden-Württemberg gegen den Willen der Bürger mit aller Macht durchzusetzen. Das ist anscheinend die Bürgerbeteiligung, die von den Grünen gepredigt wird.

Die Aussage von Dr. Baumann, dass man zur Geothermie in Brühl Ja gesagt habe, aber gleichzeitig um das gebaute Werk eine Biotopvernetzung und Naturschutzgebiet plane, dann muss man fragen, ob dies nicht ein schizophrenes Verhalten ist. Bis jetzt ist noch kein einziges Geothermie-Kraftwerk ohne induzierte Erdbeben gelaufen. Ich verweise auf das letzte Beben in Steinweiler bei Insheim am 17. Februar.

Aber die Risse in den Häusern durch die Erdbeben sollen wir Bürger akzeptieren, denn unser Eigentum kann beschädigt werden, da die Fürsorge der Politiker da endet, wo ihre Interessen beginnen. Es leben die Eidechse und der Rüsselkäfer!

Francoise Miede, Ketsch

© Schwetzingener Zeitung, Samstag, 23.02.2013